

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name und Adressen**

Stadt Oranienburg, Der Bürgermeister
Schloßplatz 1
Oranienburg
16515
Deutschland
Kontaktstelle(n): Zentrale Vergabestelle, Haus II, Zi. 2.254,
Telefon: +49 3301600-645
E-Mail: stobbe@oranienburg.de
Fax: +49 3301600-99-645
NUTS-Code: DE40A
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.oranienburg.de>
Adresse des Beschafferprofils: www.vergabemarktplatz.brandenburg.de

I.2) **Gemeinsame Beschaffung**

I.3) **Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/notice/CXP9YR1Y1XP>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) **Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Generalplanerleistungen - Kita Kleine Strolche, OT Sachsenhausen; Erweiterung, Umbau und Modernisierung
Referenznummer der Bekanntmachung: VGV-0735/2017-65

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71320000

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Kindertagesstätte Kleine Strolche in der Friedrichstraße 42 in 16515 Oranienburg (OT Sachsenhausen) ist eine Kita mit integrierter Krippe. Die Kita umfasst derzeit 59 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 0 Jahren bis einschließlich Grundschulalter. Die bestehenden Kapazitäten sollen durch einen Erweiterungsbau sowie

den Umbau des Altbaus auf 125 Betreuungsplätze erweitert werden. Ziel ist es, zum Schuljahresbeginn 2020 die gesamte Kita Kleine Strolche in Betrieb zu nehmen. Für die Zeit der Baumaßnahme ist beabsichtigt, die Kita freizuziehen. Es werden Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-9 der HOAI an einen Generalplaner für die Leistungsbilder Objektplanungen Gebäude und Innenräume, Freianlagen und Verkehrsanlagen, die Fachplanungen Tragwerksplanung und Technische Ausrüstung und besondere Leistungen für Brandschutz und Bauphysik vergeben. Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE40A

Hauptort der Ausführung:

Erweiterung und Umbau Kita Kleine Strolche, OT Sachsenhausen ; Friedrichstraße 42 (Flur 1, Flurstücke 41/1 und 43/1) ; 16515 ; Oranienburg

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Kindertagesstätte Kleine Strolche in der Friedrichstraße 42 in 16515 Oranienburg (OT Sachsenhausen) ist eine Kita mit integrierter Krippe und separatem Hort auf dem Schulgrundstück Friedrichstraße 44 a. Die Kita umfasst derzeit 59 Betreuungsplätze für Kinder im Alter von 0 Jahren bis einschließlich Grundschulalter. Auf Grundlage des Berichtes "Soziale Infrastruktur" der Stadt Oranienburg, Stand 20. April 2017, sollen die bestehenden Kapazitäten durch einen Erweiterungsbau sowie den Umbau des Altbaus auf 125 Betreuungsplätze erweitert werden. Ziel ist es, zum Schuljahresbeginn 2020 die gesamte Kita Kleine Strolche in Betrieb zu nehmen. Für die Zeit der Baumaßnahme ist es beabsichtigt, die Kita freizuziehen. Für dieses Bauvorhaben liegt ein Vorbescheid des Landkreises Oberhavel, Fachbereich Bauordnung und Kataster, vom 12.09.2017, Aktenzeichen 521010-03648/217/schw, gemäß § 75 BbgBO vor. Dieser ist Grundlage für die ausgeschriebenen Planungsleistungen.

Es werden Planungsleistungen der Leistungsphasen 1-9 der HOAI an einen Generalplaner für die Leistungsbilder Objektplanungen Gebäude und Innenräume, Freianlagen und Verkehrsanlagen, die Fachplanungen Tragwerksplanung und Technische Ausrüstung und besondere Leistungen für Brandschutz und Bauphysik vergeben.

Die Beauftragung erfolgt stufenweise.

Das Kitagrundstück umfasst ca. 4.303 m². Für die geplanten Baumaßnahmen werden die beiden Flurstücke 41/1 (2.189 m²) und 43/1 (2.114 m²) der Flur 1 zu einem vereinigt.

Auf dem Grundstück der Kita können ca. 5 Stellplätze nachgewiesen werden und zwei auf dem nicht weit entfernten städtischen Schulgrundstück Friedrichstraße 44a. Insgesamt sind 9 Stellplätze erforderlich.

Die Erhöhung der Betreuungsplätze, die den Erweiterungsbau erforderlich macht, dient als Anlass, auch den Altbau umzubauen und zu sanieren. Der umgebaute und sanierte Altbau und der neue Gebäudeteil sollen eine zusammenhängende moderne Funktionseinheit bilden. Es wäre wünschenswert, dass der zur Straße traufständige Altbau den Charakter der Siedlung als "Straßendorf" (29.05.1753 Gründung des Straßendorfes Sachsenhausen durch König Friedrich II von Preußen) weiterhin erkennen lässt.

Die vorhandenen Freispielflächen müssen unter Beachtung der Flächenvorgaben für die Betriebserlaubnis entsprechend erweitert werden. Die Unterbringung von Außenspielgeräten und Gartengeräten ist mit vorzusehen.

Laut aktueller Aussage des Landkreises Oberhavel, Fachdienst Umweltschutz und Abfallbeseitigung, sind die Flurstücke (Flur 1, 41/1 und 43/1) des zu bebauenden Grundstückes "im Altlastenkataster nicht als festgestellte Altlast bzw. als Altlastenverdachtsfläche registriert".

Eine Bescheinigung für die Kampfmittelfreiheit für das gesamte Grundstück liegt vor.

II.2.5) Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) Geschätzter Wert

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 25/06/2018

Ende: 30/09/2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zu den einzelnen Eignungskriterien s. Vergabeunterlage "Matrix Eignungskriterien nach § 51 VgV"

(Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

Sämtliche Vergabeunterlagen stehen interessierten Unternehmen nach den Maßgaben des § 41 VgV kostenlos zum Download über die Vergabeplattform zur Verfügung, vgl. Ziff. I.3)

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung der Planungs- und Überwachungsleistungen erfolgt stufenweise. Ein Anspruch des Planers auf Beauftragung der einzelnen Leistungsstufen besteht insoweit nicht.

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

siehe Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

Sämtliche Vergabeunterlagen stehen interessierten Unternehmen nach den Maßgaben des § 41 VgV kostenlos zum Download über die Vergabepattform zur Verfügung, vgl. Ziff. I.3.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die nachfolgenden Angaben sind erforderlich, um die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit nachzuweisen.

s. Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

Sämtliche Vergabeunterlagen stehen interessierten Unternehmen nach den Maßgaben des § 41 VgV kostenlos zum Download über die Vergabepattform zur Verfügung, vgl. Ziff. I.3.

Die Prüfung/Auswahlentscheidung auf Grundlage der insoweit geforderten Eignungsnachweise im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs erfolgt wie in der Vergabeunterlage "Matrix Eignungskriterien nach § 51 VgV" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU) vorgegeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

s. Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die nachfolgenden Angaben sind erforderlich, um die technische und berufliche Leistungsfähigkeit nachzuweisen.

s. Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

Sämtliche Vergabeunterlagen stehen interessierten Unternehmen nach den Maßgaben des § 41 VgV kostenlos zum Download über die Vergabepattform zur Verfügung, vgl. Ziff. I.3.

Die Prüfung/Auswahlentscheidung auf Grundlage der insoweit geforderten Eignungsnachweise im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs erfolgt wie in der Vergabeunterlage "Matrix Eignungskriterien nach § 51 VgV" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU) vorgegeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

s. Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen sind alle Bewerber, die nach § 75 Abs. 1 und 2 VgV berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Architekt" oder "Ingenieur" zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen.

Für juristische Personen gilt § 75 Abs. 3 VgV.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der oben genannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anerkennung von

Berufsqualifikationen gewährleistet ist. Juristische Personen erfüllen diese Voraussetzungen, sofern deren satzungsgemäßer Geschäftszweck auf Planungs- bzw. Ingenieurleistungen gerichtet ist und sie einen verantwortlichen Berufsangehörigen im vorstehenden Sinne benennen.

s. hierzu Vergabeunterlage "Bewerberbogen Generalplaner und Bewerberbogen Unterauftragnehmer" (Anlage zur Vergabeunterlage "Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrages" - Formular 2.1 EU)

Sämtliche Vergabeunterlagen stehen interessierten Unternehmen nach den Maßgaben des § 41 VgV kostenlos zum Download über die Vergabeplattform zur Verfügung, vgl. Ziff. I.3.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Gesetzliche Grundlagen für die Auftragsausführung bilden die Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und Ingenieure (HOAI 2013) und die Bestimmungen über den Werkvertrag §§ 631 ff. BGB.

Besondere Bedingungen für die Auftragsdurchführung folgen zudem aus dem Brandenburgischen Vergabegesetz (BbgVergG).

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 31/01/2018

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 16/03/2018

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 6 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

1. Teilnahmeanträge und Angebote sind schriftlich in deutscher Sprache bei der unter Ziff. I.1) angegebenen Kontaktstelle (Zentrale Vergabestelle) einzureichen.
2. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass sie sich vorbehält, einzelne Nachweise und Erklärungen nach § 56 VgV nachzufordern, ohne dass hierzu eine Verpflichtung besteht.
3. Die Auftraggeberin erstattet keine Kosten, die für die Teilnahme am Vergabeverfahren entstehen (z. B. für die Erstellung von Teilnahmeanträgen und Angeboten).
4. Für den Download der Vergabeunterlagen nach den Maßgaben des § 41 VgV sowie die anschließende Teilnahme am Vergabeverfahren ist eine einmalige (kostenlose) Registrierung auf dem Vergabemarktplatz Brandenburg erforderlich (soweit nicht bereits registriert).
5. Die Kommunikation während des gesamten Vergabeverfahrens hat - bis auf die Einreichung der Teilnahmeanträge und Angebote (s. Ziff. VI.3, dort unter 1.) - ausschließlich über den Vergabemarktplatz Brandenburg zu erfolgen. Dazu benutzen Sie dort bitte den Button "Kommunikation". Rückfragen sind bis spätestens 24.01.2018, 23:59 Uhr zu stellen.
6. Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass bei einer anonymisierten Teilnahme am Verfahren der Bewerber/ Bieter keine E-Mail Benachrichtigung über neue Nachrichten der Vergabestelle (z. B. Aktualisierung der Vergabeunterlagen) erhält. Ferner ist dann eine Kommunikation über den Vergabemarktplatz Brandenburg nicht möglich und Sie können der Vergabestelle keine eigenen Nachrichten direkt zukommen lassen. Bitte beachten Sie, dass eine Kommunikation über den Vergabemarktplatz Brandenburg zweckmäßig ist.
7. Für den vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb sind im ersten Schritt NUR die mit T- gekennzeichneten Dateien einzureichen.

Bekanntmachungs-ID: CXP9YR1Y1XP

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Heinrich-Mann-Allee 107

Potsdam

14473

Deutschland

Telefon: +49 3318661610

Fax: +49 3318661652

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Auftraggeberin weist darauf hin, dass der Nachprüfungsantrag eines Bewerbers/Bieters bei der Vergabekammer unzulässig sein kann, sofern ein erkannter Verstoß gegen Vergabevorschriften gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb bestimmter Fristen gerügt oder der Antrag nach Nichtabhilfe der Rüge durch die Auftraggeberin nicht innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung gestellt wird. Die insoweit maßgebliche Vorschrift des § 160 Abs. 3 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) lautet:

Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

21/12/2017